

Input: Peter Stanzl, Sozialplanung MA24

Ein sich verändernder Arbeitsmarkt und die Folgen: Steigende Fallzahlen in der Sozialhilfe und ein System, das diesen Anforderungen nur unzureichend gewachsen ist

DSA Peter Stanzl, MAS, Leiter der Sozialplanung/Wien, Magistratsabteilung 24 Gesundheits- und Sozialplanung

- **Anstieg der SozialhilfebezieherInnen:** Österreichweit ist die Anzahl der SozialhilfebezieherInnen im Bereich der „offenen Sozialhilfe“ von 1995 bis 2005 um rund 50% von 63.369 auf 125.670 Personen gestiegen. Den Hauptanteil an diesem Anstieg verzeichnet die Bundeshauptstadt Wien mit zusätzlichen 48.488 BezieherInnen. In den einzelnen Bundesländern ist eine sehr unterschiedliche Entwicklung zu bemerken, wobei im Langzeitvergleich die Anzahl der BezieherInnen in fast allen Bundesländern - mit Ausnahme des Burgenlandes, der Steiermark und von Vorarlberg - gestiegen ist. Besondere Steigerungsraten sind in Oberösterreich (2005: +55%), Tirol (2004: 33%) und Niederösterreich (1999: +27%) zu bemerken.
- **Hintergründe für den Anstieg:** Die gestiegene Anzahl an BezieherInnen ist vor allem auf die Zunahme der Zahl arbeitsloser Menschen, das Ansteigen atypischer Beschäftigungsverhältnisse und auf veränderte Familienstrukturen zurück zu führen. So ist in der Sozialhilfe insbesondere der Anteil der BezieherInnen einer Leistung des Arbeitsmarktservice („Aufstocker“) exorbitant gestiegen. Der Anteil aller „Aufstocker“ beträgt 2005 in Wien bereits 65% (51.347 Personen) und ist auch 2006 (66%) und 2007 (66,5%) weiter gestiegen. Im Vergleich dazu betrug der Anteil der „Aufstocker“ im Jahr 1997 noch 41,6% (14.384 Personen). Ein deutliches Zeichen dafür, dass die Leistungen im vorrangigen System der Arbeitslosenversicherung nicht mehr bzw. nicht mehr ausreichend bedarfsdeckend sind. Ein geringes Erwerbseinkommen („Working poor“) führt im Falle von Arbeitslosigkeit zu geringen Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und zur Inanspruchnahme von zusätzlichen Leistungen aus der Sozialhilfe. Einpersonenhaushalte sind davon überproportional betroffen, da sie im Falle von Arbeitslosigkeit ausschließlich auf das eigene Arbeitslosengeld bzw. die eigene Notstandshilfe angewiesen sind. AlleinerzieherInnenhaushalte und Mehrkinderfamilien tragen ebenfalls ein höheres Armutsrisiko. Darüber hinaus hat sich der Arbeitsmarkt in Österreich in den letzten Jahren verändert. Es wurden ganze Produktionszweige entweder eingestellt oder ins Ausland verlagert und durch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich „ersetzt“. Dadurch haben sich die Anforderungen verändert oder sind gestiegen, verlangt werden eine profunde Ausbildung (z.B. EDV-Kenntnisse), Arbeitserfahrung, Leistungsfähigkeit und vor allem Flexibilität. Menschen mit Arbeitsmarktferne und verschiedensten Vermittlungsdefiziten sind zunehmend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und vielfach auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen.
- **Verfestigung von Sozialhilfebedürftigkeit:** Für die nächsten Jahre ist trotz Rückgangs der Arbeitslosigkeit mit keinem nennenswerten Rückgang der Sozialhilfefallen zu rechnen. Erfahrungen zeigen, dass solange keine strukturellen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ergriffen werden, die Zahl der SozialhilfebezieherInnen mit jeder Rezession wächst und auch nicht in der Konjunktur besonders sinkt. Langzeitarbeitslose bzw. Menschen mit unzureichenden Qualifikationen gehören jedenfalls nicht zu der Gruppe von Menschen, die bei einem Rückgang der Arbeitslosigkeit rasch einen Arbeitsplatz findet. Der Anstieg von atypischen und vielfach prekären Beschäftigungsverhältnissen (z.T. ohne Versicherungsschutz) wird ebenfalls zu keiner Entlastung der Sozialhilfe führen.

- **Sozialhilfe in Wien:** In Wien leben mittlerweile rund zwei Drittel der SozialhilfebezieherInnen (im Jahr 1995 waren es noch rund 50%). Der Anteil der SozialhilfebezieherInnen an der Bevölkerung beträgt in Wien 5%, österreichweit liegt die Sozialhilfedichte bei rund 1,5%. Der hohe Anteil in Wien ist zum einen auf den Faktor Großstadt, zum anderen auf die rechtliche und organisatorische Ausgestaltung der Sozialhilfe (z.B. einfacherer und „anonymerer“ Zugang, kein Regress gegenüber Angehörigen) zurück zu führen. Wien liegt mit einem 5%igen Anteil an SozialhilfebezieherInnen im internationalen Vergleich nach wie vor im unteren Drittel. So beträgt der Anteil in Schweizer Grossstädten zwischen 3,5% und 8% und in Deutschen Grossstädten sogar bis zu 14% (vor der „Hartz-Reform“).
- **Aktuelle Situation in der Sozialhilfe:** Die steigende Anzahl von SozialhilfebezieherInnen hat dazu geführt, dass die Sozialhilfeadministration diesen Anforderungen nicht mehr ausreichend gerecht wird. Der Anspruch der Sozialhilfe, im Einzelfall die entsprechende Hilfe zu gewähren, wurde immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Bloßes Abarbeiten von Fällen sowie das Zurückdrängen von begleitender Unterstützung wie Beratung und Betreuung sind die Folge dieser Entwicklung. Der Sozialhilfe werden Probleme überantwortet, die sie von ihrer Ausrichtung her als individuelle Hilfeleistung nicht oder nur unzureichend lösen kann.
- **Ausblick:** Mit der beschlossenen Reform der Sozialhilfe bzw. Umwandlung in eine bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) können partiell Verbesserungen erzielt werden. So wird die Aufgabe des Regresses (z.B. gegenüber Angehörigen) und die Schaffung eines Vermögensfreibetrages einige Zugangsbarrieren in der Sozialhilfe beseitigen. Die Harmonisierung der neun Sozialhilfegesetze, die Annäherung der Richtsätze an die Armutsschwelle (bzw. an den Ausgleichszulagenrichtsatz) sowie weitere Verbesserungen im Leistungs- und Verfahrensrecht (z.B. schriftliche Antragstellung) bringen ebenfalls Verbesserungen. Zu hoffen ist, dass auch die vereinbarte verstärkte Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice den Zugang zur arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für SozialhilfebezieherInnen erleichtern wird. An den grundsätzlichen Problemen, die zu Sozialhilfebedürftigkeit führen, wird sich alleine durch die Einführung einer BMS nichts ändern. Dazu bedarf es u.a. Maßnahmen der Umverteilung und einer aktiveren Arbeits- und Wirtschaftspolitik.

Quellen:

http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_020143.xls (18.3.2008).

Pratscher, Kurt; Statistik Austria (Hrsg.): Statistische Nachrichten 8/2007, Soziale Fragen. Wien 2007.

Magistratsabteilung 40 Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht